

Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2015:

**Sehr geehrte Frau Staab,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

immer wenn die Ausarbeitung des Beitrags unserer Fraktion zum Haushalt ansteht, blickt am zurück. Ich weiß jetzt nicht genau, ob diese meine 27. oder 28. Haushaltsrede ist, aber ich hätte manchmal große Lust, über ganz andere Dinge zu referieren, über Politik allgemein, warum man sich engagiert usw. Aber dies nur am Rande

„ Muss nur noch kurz die Welt retten“ war der Titel eines Hits im letzten Jahr. Wer schon lange Politik macht und dass als Grüner, der hat oft das Gefühl, ja, das müssen wir, die Welt retten! Die Unterstützung von Anderen, Parteien, Verwaltungen und Personen bleibt da oft aus, aber alleine schaffen wir das leider nicht!

Auch unsere Wähler denken teilweise so. Das Kreuz bei der Wahl bei den Grünen gemacht, ein wenig Geld auf das Konto von Greenpeace und diese riesige Aufgabe, die der Weltrettung ist delegiert.....Puhh, gottseidank hab ich damit nix mehr zu tun. Beim Schreiben dieser Zeilen und beim Thema Arbeit-Delegieren ist mir auch sofort unsere Bürgermeisterin eingefallen, doch dazu später.

Klar doch, wir wissen alle, dass sich die Erdatmosphäre erwärmt. Auch dass die Rohstoffe zur Neige gehen und Shopping manchmal ein fragwürdiges Vergnügen sein kann, ist den meisten von uns bekannt - das heißt: Wir nehmen die Fakten abstrakt zur Kenntnis, nehmen sie hin und legen das Wissen dann in einem fernen Winkel unseres Gehirns "zur Wiedervorlage" ab. Etwas ganz anderes wäre es, stattdessen die Fakten emotional zu begreifen und persönliche Konsequenzen aus ihnen zu ziehen.

Konsequenzen und Erkenntnisse, wie zum Beispiel, Kohle und Atom eignen sich nicht zur Energieversorgung, Alternativen müssen her, Photovoltaik, Windräder, Wasserkraft usw. Wer das erkannt hat, der steht dann möglicherweise vor dem Punkt, okay, eine Solaranlage auf dem Kirchendach ist ungewohnt, vielleicht nicht die geilste Lösung, unästhetisch, etwas schwerfällig aber sie ist notwendig! Ich erinnere mich an eine Entscheidung des Gemeinderats in den späten 80 ern, ich denke von damals sind nur noch drei Räte übrig, die zu dieser Zeit mitgewirkt haben. Der Pavillon in der Hauptstraße - als dieser gebaut wurde, gab es heftige Widerstände aus der Bevölkerung. Hätte es eine Initiative dagegen gegeben und einen Bürgerentscheid, er hätte sicher entfernt werden müssen. Der damalige Stadtbaumeister Schneider hat gesagt, der bleibt stehen, die (Bürger) die beruhigen sich auch wieder. Der Pavillon steht heute noch und ist angenommen und akzeptiert.

Sie sehen, wer Verantwortung hat, wer Macht ausüben darf, kann sich so verhalten und das Gedächtnis der Bürgerinnen und Bürger ist kurz.

Heute Abend diskutieren wir, nein, die Fraktionen, halten vertreten durch Ihre Vorsitzenden, Grundsatzreden zum Haushaltsplan 2015 unserer Gemeinde.

Das ist für Zuhörer/innen nicht unbedingt ein Vergnügen, kann es doch bis zu zwei Stunden und länger dauern und bietet wenig Unterhaltungswert. Wir müssen die Vorberatungen zum Haushalt öffentlich machen, denn da wird diskutiert, da wird gestritten, dort werden Lösungen gesucht um im Gemeinderat und für die Stadt konsensfähige Einigungen und Mehrheiten für das neue Jahr zu erreichen. Viel Unterhaltungswert, man erlebt Emotionen, Streitereien - das könnte Bürgerinnen interessieren und wäre ein Punkt, mal wieder eine GR-Sitzung zu besuchen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag, die Beratungen zum Haushalt in Zukunft öffentlich durchzuführen!

Hier in Walldorf liegt wieder ein Haushaltsplan für das Jahr 2015 vor, der in unserer Republik wohl einmalig sein dürfte. Wir planen mit einem Haushaltsvolumen von 189 Mio Euro, entnehmen aus der Rücklage einen Betrag von 28,7 Mio Euro und haben dann immer noch eine Liquidität von 224 Mio Euro. Allerdings sind für die Folgejahre die Entnahmen aus der Rücklage im Fokus zu behalten, da durch die guten Einnahmehjahre die Rücklage um ca. 120 Millionen verringert wird. Um diese Effekte zu verringern hatten wir ja letztes Jahr, leider erfolglos, einen Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer gestellt.

Zum ersten Mal haben wir in Walldorf einen vollständigen doppischen Haushalt, einen nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)

Ziele für die Zukunft - Ideen sind gefragt!

Wir haben in Walldorf bisher noch keine strategischen Ziele festgelegt, wie man es eigentlich bei der Aufstellung eines doppischen Haushaltes tun sollte, die KGSt, die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, sagt dazu:

Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung von Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden. In jedem Teilhaushalt sollen die Produktgruppen, die wesentlichen Produkte, die Ziele und Kennzahlen dargestellt bzw. in einer Übersicht jedem Teilhaushalt beigefügt werden.

Das sieht der „Leittext für eine doppische Gemeindehaushaltsverordnung“ vor, den die Innenministerkonferenz schon am 21.11.2003 beschlossen hat.

Zielentwicklung und -operationalisierung sind nicht immer einfach, zumal mit der Präzisierung der Ziele und Überwachung der Zielerreichung nicht nur verwaltungsintern, sondern bei entsprechender Aufmerksamkeit auch im kommunalpolitischen Raum Erfolge und Bedeutung zugewiesen oder Verfehlungen „skandalisiert“ werden können. Dem Erarbeitungsprozess und der

Aussagekraft der Ziele kommt daher nicht nur eine technische Bedeutung zu. Kommunale Erfahrungen zeigen: Ziele (und Kennzahlen) dürfen nicht isoliert für den Haushalt formuliert werden, der Zusammenhang von strategischen und operativen Zielen ist herzustellen, methodische Unterstützung im Erarbeitungsprozess ist dringend erforderlich.

Kennzahlen dienen dazu, Sachverhalte in konzentrierter Form zu erfassen, insoweit beleuchten sie einen Ausschnitt der Wirklichkeit. Kennzahlen sind besonders aussagekräftig als relative Zahlen (zum Beispiel Kosten pro Fall).

Was ebenfalls fehlt ist eine Eröffnungsbilanz. Sie ist wichtig, weil in ihr die Vermögenswerte einer Stadt beziffert werden, die ja dann in einem Haushalt nach dem **Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) den jährlichen Ressourcenverbrauch beziffern sollen und zu ersetzen sind.**

Für eine in dieser Weise veränderte Verwaltungssteuerung stellt das herkömmliche kamerale Haushalts- und Rechnungswesen mit einer zahlungsorientierten Darstellung die erforderlichen Informationen über den Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen nur unzureichend dar. Der Hauptgrund zur Einführung der Doppik ist es, das Ziel des Ressourcenverbrauchskonzepts, auch den nicht zahlungswirksamen Verbrauch einer Kommune, wie den Werteverlust kommunalen Vermögens oder die zukünftigen Verbindlichkeiten aus den Versorgungsansprüchen ihrer Beamten, **vollständig zu erwirtschaften.** Jede Generation soll die von ihr verbrauchten Ressourcen durch Entgelte und Abgaben ersetzen, so dass künftige Generationen damit nicht belastet werden.

Zur Stadtratssitzung heute stellen wir folgende Fragen an die Verwaltung: "Mit dem Haushaltsjahr 2015 wird Walldorf zum ersten Mal ein "doppischer Haushalt" verabschiedet. Dieser muss allerdings ohne eine Eröffnungsbilanz beschlossen werden. Können sie uns wenigstens einen aktuellen Zwischenstand zur Eröffnungsbilanz mitteilen? Denn eigentlich sollen wir einen Haushalt beschließen, zu welchem uns ganz konkrete Rahmendaten fehlen. Denn um den Ressourcenverbrauch ermitteln zu können, benötigen wir eine Eröffnungsbilanz!

Wir fragen die Verwaltung:

1. Bis wann rechnet die Verwaltung damit, die Eröffnungsbilanz vorlegen zu können?
2. Kann die Verwaltung einen aktuellen Zwischenstand zu einer Eröffnungsbilanz geben?"

Die Eröffnungsbilanz muss aufgrund gesetzlicher Vorgaben "so rechtzeitig vorgelegt werden, dass sie vom Stadtrat bis spätestens zum 30.11. des Jahres mit der erstmaligen doppischen Haushaltsführung festgestellt werden kann. Dies wäre der 30.11.2015.

Kritik am Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)

Ich beschäftige mich persönlich mit diesem Thema unter anderem seit die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen wurden und werde nun eine längere Ausführung dazu machen, weil

eine schriftlich, die für die Walldorfer Rundschau gedacht war, von der Verwaltung nicht abgedruckt wurde.

Die Sinnhaftigkeit der Doppik wird gelegentlich mit folgenden Argumenten bestritten:

- Die mit der Doppik häufig verbundene vollständige Vermögensrechnung erhebt zum Teil mehr Zahlen als benötigt werden. Viele Entscheidungen können bereits durch entscheidungsbezogene Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Messzahlen zur Organisation (Kapazität und Arbeitsanfall) hinreichend unterlegt werden. Eine Kosten- und Leistungsrechnung läuft ohne Kenntnisse sinnvoller Anwendung und Begrenzung Gefahr, permanent Zahlen zu erzeugen, ohne dass Entscheidungsbedarf gegeben ist.
- Die Doppik legt Zahlen zur kommunalen Verschuldung offen, so dass der Handlungsspielraum der Politik eingeengt werden kann und in der Praxis wird er dies auch.
- Mit dem Konzept der Doppik ist auch verbunden, dass bestimmte Entscheidungsbefugnisse von der Politik auf die Verwaltung übertragen werden sollen. Hier stellt sich die Frage, wird die Politik es dulden, wie ein Aktionär behandelt zu werden, der nur globale Zahlen und keine Entscheidungen und Informationen zu Einzelmaßnahmen vorgelegt bekommt oder - durch Rückholung einiger Kompetenzen an den Rat - die Möglichkeit genutzt wird, sich und die Öffentlichkeit umfassend über die Finanzsituation der Kommune zu informieren.

Von Kritikern der Doppik wird weiter angeführt:

- Die Verwendung der Doppik führt nicht zwangsläufig zur Änderung der Steuerung. So wird in Österreich seit über 30 Jahren die Doppik praktiziert und gleichwohl nach Haushaltszahlen entschieden.
- Die Politik weigert sich häufig, Ziele vorzugeben, weil dann ein Scheitern leicht nachzuweisen ist (vgl. z. B. Bundeskanzler Schröder im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit oder Bundeskanzler Kohl im Hinblick auf die blühenden Landschaften im Osten). Auch in der Verwaltung herrscht diese Interessenlage vor. Insofern scheitern Output orientierte Ansätze nicht am Rechnungswesen, sondern an der Politik. Diese will nicht in ihren Möglichkeiten, Risiken einzugehen, Schulden zu machen und Staatseigentum kurzfristig zu liquidieren, beschnitten werden.
- An der kameralistischen Buchführung wird eine übermäßige Bindung der Verwaltung an eine zu detaillierte Planung und die damit verbundene mangelnde Flexibilität kritisiert. Allerdings kann dieser Kritik das Budgetrecht des Parlaments entgegen gehalten werden. Zudem ist davon auszugehen, dass Verwaltungen eine komplexere Zielkonzeption als privatwirtschaftliche Unternehmen haben, die sich im Wesentlichen auf die Gewinnerzielung konzentrieren können. Insofern ist zu befürchten, dass ein doppisches Rechnungswesen, das im Wesentlichen auf das Ziel Gewinn und die Nebenbedingungen „Liquidität“ und „Schuldendeckungsfähigkeit“ ausgerichtet ist, Politik und Verwaltung zu stark einengt.

Ein Praktiker, selbst Kämmerer in Hessen, sagt: „Bei der Kameralistik war alles einheitlich. Aber heute?“ Es werde wie panisch gebucht und sortiert. Die Arbeit der Ämter habe man in Hunderte von Produkten - von der Beantwortung einer Anfrage über den Betrieb des Stadtpark-Springbrunnens bis zur Reinigung eines Abwasser-Hauptsammlers - zerlegt. Doch der so aufgehäufte riesige Datenfriedhof sei oft ohne Aussagekraft ergo nutzlos. Das hessische System der Doppik sei zudem nicht mit der Bundesstatistik kompatibel. 30 verschiedene Doppik-Systeme gebe es bundesweit. Allgemeine Lage: babylonisch.

Ein weiteres Beispiel: eine Gemeinde mit einem Etat von 20,5 Millionen Euro. Dort haben sich die einst 1600 Haushaltsstellen im neuen doppelischen Haushalt zu 260 Kostenstellen, 39 Produkten und 2600 Sachkonten mit über 10 Millionen Kombinationsmöglichkeiten aufgebläht. 300 Seiten umfasste früher der Haushalt. Wenn den Entscheidungsträgern nun die gleichen Informationen darzustellen wären, wäre er 1000 Seiten dick.“

Der große Unterschied ist eben auch, dass ein Gemeinwesen nicht wie ein wirtschaftlicher Betrieb funktioniere.

„Ein Autohaus kauft und verkauft Autos, das ist etwas ganz anderes als eine Gemeinde, die politisch-parlamentarisch getroffene Entscheidungen verwirklicht, an Gesetze gebunden ist und dafür Geld bereitstellen muss“. Die Leistungen oder Produkte einer Gemeinde sollten - so die ursprüngliche Idee von Doppik - die Kosten für ihre Erstellung widerspiegeln, damit dann die Politik den Ressourceneinsatz überprüfen könne. Dummerweise, ist aber bei vielem, was im Rathaus oder im Landratsamt geschieht, ein Zusammenhang zwischen Leistung, Menge und Kosten sehr schwierig herauszuarbeiten. Und auch wenn Aufgaben und Ziele präzise benannt würden, seien die sich ergebenden Kennziffern meist so unscharf, dass sie kaum eine brauchbare Basis für einen Haushalt abgeben könnten. Kinderbetreuung, Schul-Infrastruktur, Stadtsanierung, Integration, Verkehrsberuhigung, ökologische Projekte seien eben Bereiche, die sich einer kaufmännischen Rechnungslegung entzögen.

Als sei dies alles nicht genug, verursacht Doppik nach Einschätzung ihrer wachsenden Gegnerschar unnützen Sparstress, weil die Gemeinden ihr gesamtes Vermögen vom Stadtpark bis zum Feuerwehrauto mit Abschreibungen in den Haushalt einfließen lassen müsse. Dieser immense und andauernde Vermögensverzehr sei andernorts wieder zu erwirtschaften, weil oberstes Ziel der ausgeglichene Haushalt sei. Natürlich, und das wisse auch jeder, sei dies unmöglich. Die Gemeinde rutsche also aufgrund der neuen Bilanzrichtlinien zwangsläufig immer tiefer ins Minus. Davon abgesehen sei es abwegig und unrealistisch, Nilpferde im städtischen Zoo, Dorflinden, U-Bahntunnel oder historische Rathäuser zu bewerten. Denn all dies könne eine Stadt ja gar nicht verkaufen. Ihr Wert sei nur virtuell.

Kritiker plädieren daher für die erweiterte kameralistische Haushaltsführung, die wichtige Vorteile der Doppik übernehme, die aber sinnlose Datensammelei vermeide. Zu dieser Erkenntnis ist der Bund ebenfalls gekommen. So erklärte das Bundesfinanzministerium bereits Ende 2008, nach Kosten-Nutzen-Betrachtungen werde man die erweiterte Kameralistik der Doppik vorziehen.

Fakt ist:

Seit Anfang der 1990er Jahre befassen sich die deutschen Verwaltungen mit

betriebswirtschaftlichen Konzepten. Sie führen Ansätze aus der Privatwirtschaft ein: Von Kostenrechnung über Kennzahlensysteme hin zu Budget und dezentraler Ressourcenverwaltung. Erste Bundesländer legen ihre Bilanz vor, Gemeinden führen die kommunale Doppik ein.

Die strategische Ziele von Bündnis 90/Die Grünen

Ökologie, Klimaschutz und ein Ende der Flächenversiegelung, Bildung und Kultur, Sozialer Wohnungsbau, Ehrenamt, Sanierungen in der Innenstadt, das sind unsere, das sind die strategischen Ziele von Bündnis 90/Die Grünen.

Lassen Sie mich die Widersprüchlichkeiten, mit denen wir es in der Politik zu tun haben, an einem aktuellen Beispiel darstellen. Der grüne OB der Stadt Tübingen, Boris Palmer, der sich pressewirksam, aber leider oft nicht grünenspezifisch äußert, verlangt in seiner letzten PM bis zu dreißig verkaufsoffene Sonntage pro Jahr. Begründung: An keinem Tag kaufen die Deutschen häufiger ein - nur, dass sie ihr Geld im Internet ausgeben und nicht in den Innenstädten und Fußgängerzonen. Weil Einkaufen heutzutage auch Freizeitwert habe, müsse die Wirtschaft mit ihren Öffnungszeiten darauf reagieren.

Interessanterweise lehnen über 80 % der Deutschen verkaufsoffene Sonntage ab, trotzdem und hier zeigt sich der Widerspruch, sind die Städte bei verkaufsoffenen Sonntagen randvoll. OB Palmer weiß, dass die Internet-Käufer auch weiterhin im Internet einkaufen werden, weil das ja gerade das bequeme daran ist. Mehr Geld ist auch nicht vorhanden, die bestehende Menge kann nur anders verteilt werden. Die Beschäftigten im Einzelhandel jucken Palmer nicht, die Parteimeinung ebenfalls nicht. Leider!

Die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das folgende oder das schon laufende Jahr ist ein wiederkehrendes, absehbares Ritual. Die Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionen spiegeln dabei wider, welche Ausgabepositionen oder politischen Vorstellungen im politischen Spektrum einen größeren Raum einnehmen, worauf der Fokus gelegt wird.

Der Hauptfokus von uns Grünen ist nach wie vor die Ökologie, **hier sind wir - Bündnis 90/Die Grünen - einzigartig!**

Für Bündnis 90/Die Grünen Walldorf lag in der Vergangenheit immer der Schwerpunkt der Ausführungen im ökologischen Bereich. Das ist sicher leicht nachvollziehbar und unschwer zu verstehen, haben die Grünen in ihrer nun bundesweit 30-jährigen Parteigeschichte ÖKOLOGIE von einem Randthema zu einem Kernthema politischen Handelns gemacht und es ist nach wie vor die erste Säule unserer vier politischen Ansätze, unter denen wir unsere politischen Ziele subsumieren: **ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.**

Auch in Walldorf sind die ökologischen Themen sehr eng und sehr extrem mit unserer Partei verbunden. Die meisten Themen und Anträge in diesem Bereich kamen in der Vergangenheit von uns und kommen auch heute noch von uns. Wobei wir gerne zugeben, dass der Erfolg, z. B. in der Umsetzung der Umweltförderprogramme, des Baus von Photovoltaikanlagen usw. korrespondierte

mit der besonderen und einzigartigen Finanzausstattung unserer Kommune. Dies machte es den anderen Parteien leicht, unseren Anträgen zuzustimmen und uns, die erforderlichen Mehrheiten für ökologische Ausgaben zu bekommen.

Wenn es nicht so hartnäckige, penetrante von Ihrer Sache überzeugte Menschen wie Walter Hecker, wie Hans Wölz, wie Horst Dobhan, und auch mich geben würde, hätten wir in Walldorf keine Stadtwerke, es hätte keinen Neubau des Hallenbades gegeben und es würde auch nicht die Anzahl der Umweltförderprogramme geben.

Wir haben in den letzten Jahren, auch unter dem Eindruck der Klimakatastrophe der Nachhaltigkeit unseres wirtschaftlichen Handelns eine herausragende Bedeutung beigemessen. Dieses Feld beackern wir unermüdlich und müssen dies auch tun, da innerhalb der Verwaltung, keine/r der drei letzten Bürgermeister und auch keiner der drei letzten Stadtbaumeister als sein vordringliches Thema angesehen hat. Und auch die anderen Parteien stellen teilweise andere Erwägungen wie wir an oberste Stelle, siehe gerade die Entscheidung der letzten Woche zur Photovoltaik auf dem ev. Kirchendach, hier wurden ästhetische Argumente ins Spiel gebracht. Klar ist jedoch, wenn wir Energie anders erzeugen wollen, wie mit Kohle und Atom, dann muss jede Möglichkeit geprüft und in Überlegungen einbezogen werden.

Wir stellen einen weiteren Antrag: In Zukunft sollen nur 100 Prozent echter Ökostrom in den städtischen Einrichtungen verbraucht wird. Der Strom soll aus sauberen Kraftwerken ohne Kohle- und Atomstrom bezogen werden. Unsere Stadtwerke können dies nur sekundär liefern, da sie leider, einen ganz anderen Energiemix haben.

Für Bündnis 90/Die Grünen war ein Problem im Zusammenhang mit der Umsetzung ökologischer Forderungen und Prämissen immer, dass die Stadtverwaltung Walldorf und dort die Verwaltungsspitzen dieses Thema immer sehr stiefmütterlich behandelt hat. Hier hätte ein Bürgermeister oder ein Stadtbaumeister mit ökologischem Faible viel bewirken können. Dies ist in vielen anderen Kommunen mit grün denkendem Personal inzwischen eindrucklich bewiesen worden.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an das auf unseren Antrag hin erstelle Klimaschutzkonzept. Was macht dessen Fortschreibung?

Folgende Ziele sollten damit erreicht werden:

1. Quantifizierung des durch die Stadt Walldorf und seiner Bürgerschaft verursachten Ausstoßes an Treibhausgasen und deren jährliche Fortschreibung
2. Berechnung des Anteils der Sektoren Energie, Verkehr, Abfallwirtschaft, Forst- und Landwirtschaft, Sonstige (z.B. Beschaffungswesen),
3. Ermittlung einer Referenzentwicklung für den Fall, dass in diese Entwicklung nicht steuernd eingegriffen wird,
4. Aufzeigen von Reduktionspotentialen,

5. Empfehlung eines Maßnahmenkataloges zur Reduktion der CO₂-Emissionen.

Wir bitten darum, uns die neuen Daten und Zahlen rechtzeitig mitzuteilen!

Schule und Kindergarten

Durch den Bau der Sozialen Mitte ist das Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren und auch ganz allgemein verbessert werden. Damit einhergehen muss die weitere **Qualifizierung der Mitarbeiterinnen** in den Kindertageseinrichtungen. Die räumlichen und personellen Voraussetzungen müssen dem Bildungsauftrag entsprechend dem Orientierungsplan gerecht werden. Gerade im Elementarbereich ist auf qualifizierte Betreuung zu achten, da hier Grundlagen der emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklung geschaffen werden. Dies ist eine der Voraussetzung für eine umfassende Chancengleichheit.

In den vergangenen Jahren haben wir in Walldorf als Schulträger bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um den veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten gerecht zu werden. Verstärkt werden unsere Schulen in Ganztageschulen umgestaltet, die Kindern einen anregenden und betreuten Lernraum und den berufstätigen Eltern eine zuverlässige Betreuung bieten. Seit es in Stuttgart eine grün-rote Regierung gibt, werden wir bei unseren Bemühungen auch finanziell nicht allein gelassen. Das Land, das verantwortlich ist für die Gestaltung der Schullandschaft, bezuschusst diese Anstrengungen inzwischen im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen bei Sprachförderung, Schulmensen, Hausaufgabenhilfe ordentlich.

Leider sind unsere Bürgermeisterin und die Fraktionen von CDU und FDP nicht dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen gefolgt, in Walldorf eine Gemeinschaftsschule einzurichten. Dies wäre der konsequente Weg gewesen, bildungspolitisch die richtigen Pflöcke einzuschlagen und langfristig ein umfassendes schulisches Angebot zu etablieren. Die Gemeinschaftsschule findet immer mehr Akzeptanz. Wir halten selbstverständlich weiter an der Gemeinschaftsschule und der Idee einer Schule für alle fest und werden die Gemeinschaftsschule nicht aus dem Blick verlieren.

Was in Folge geschehen ist, nämlich nichts und dass es da von anderer Seite, von den anderen Kommunen unserer Raumschaft, durchaus Klärungsbedarf gegeben hat, haben wir leider erst in der letzten Woche erfahren. Auch dass dem Gemeinderat wesentliche Infos durch die Verwaltung viel zu lange vorenthalten wurden. Aussitzen, sehr geehrte Frau Staab, ist durchaus eine Komponente von CDU-Politikern. Das kann aber auch ein Zeichen von Nichtstun und im Extremfall von Überforderung sein. Das Vorenthalten von Informationen ist nicht hinnehmbar, dass sind Vorgehensweisen, die in einer Demokratie nichts verloren haben.

Nicht nur im schulischen Bereich ist Inklusion ein wichtiges Thema, auch im frühkindlichen Bereich soll schrittweise ein flächendeckendes Angebot inklusiver Betreuung sichergestellt werden.

Durch die Inklusion und damit zusammenhängend stellt sich natürlich die Frage, wie geht es mit

der Sambugaschule weiter. Wenn die die bisherige Sonderschulpflicht für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf fällt, wie es zum Schuljahr 2015/2016 im Schulgesetz entsprechend verankert ist, müssen wir uns diesem Thema sehr intensiv annehmen.

Wir fordern, dass es eine Lösung geben muss, ob in Verbindung mit der Sambugaschule oder ohne, der es möglich macht. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Walldorf zu beschulen.

Wirtschaftslage

Gleichzeitig greift die Finanz- und Wirtschaftskrise immer mehr um sich. Die Heidelberger Druckmaschinen haben zur Konsolidierung der Finanzsituation ca. 7000 Mitarbeiter weltweit freigesetzt. Auch bei SAP wird nach Phasen des Wachstums gespart und es werden Mitarbeiter freigesetzt. In diesem Zusammenhang haben die ehemals skeptischen Mitarbeiter kennen und schätzen gelernt, dass sie inzwischen einen Betriebsrat haben, der sehr gute Arbeit leistet und bei den letzten Wahlen zum Aufsichtsrat wurden dorthin auch Gewerkschaftsvertreter gewählt! Der Wirtschaft und den in Walldorf ansässigen Firmen wurde in der Vergangenheit von der Verwaltung und vom Gemeinderat jegliche Unterstützung gewährt und eine ideale Infrastruktur geboten. Dies soll auch so bleiben, aber dann muss man auch an diese Firmen appellieren, etwas für die Allgemeinheit zu tun. Wer wie ich wegen der grünen-roten Regierung in Baden-Württemberg öfter die Gelegenheit hat, Minister beim Besuch der SAP zu begleiten, der kennt die Daten und Probleme. Wenn dann bei solche Besuchen mitteilt wird, dass von ca. 30.000 Mitarbeitern fast 28.000 Ein Dienstfahrzeug haben, dass auch intensiv für Urlaubsfahrten genutzt wird, weil auch hier der Treibstoff auf Firmenkosten geht, gleichzeitig aber nur ca. 300 Mitarbeiter eine Bahncard 100 besitzen, dann kann man dieser Firma sagen, Mobilität geht auch anders.

Und hier wieder ganz konkret für sie, Frau Bürgermeisterin, sie haben es vorgezogen, am 13.01. die Sitzung des Technischen Ausschusses zu schwänzen und am Bürgerdialog der grünen Fraktion teilzunehmen. Die drei grünen Mitglieder des Ausschusses haben pflichtbewusst an der Sitzung teilgenommen, sie wären auch lieber nach Wiesloch gegangen. Dort haben sie dann ihre Frage nach einem Ausbau der L 723 gestellt, die sie schon früher medienpräsent in der Zeitung hatten. Die Empfehlung von Minister Hermann, über „neue Formen der Mobilität nachzudenken“, die sie „nicht befriedigt hat, aber gerne mitnehmen“. Lassen sie Taten folgen, machen Sie was in diesem Bereich, das Problem ist, dass die Bahncard Nutzer nochmal zusätzlich für den Bus vom Bahnhof zur SAP Geld zahlen sollen. Hier können Sie ansetzen und konkrete Arbeit zur Verringerung des Verkehrs leisten! Möglicherweise braucht man dann auch keine neuen Straßen.

Sozialer Wohnungsbau, Passivhausbau, Barrierefreiheit, keine weiter Flächenversiegelung!

In der Bürgermeister Willinger Str. werden demnächst ca. 26 neue Sozialwohnungen in zwei Gebäudeteilen entstehen. Erstmals sind auch barrierefreie Wohnungen geplant. Beide Gebäude werden im Passivhausstandard errichtet. Trotz der nach wie vor immer wieder geäußerten Bedenken hat sich der Passivhausstandard auch im Geschosswohnungsbau etabliert.

Für uns Grüne sind Passivhaus-Bauweise und Barrierefreiheit im Neubau wesentliche Eckpfeiler kommunalen Handelns. Gerade Mieter von Passivhauswohnungen brauchen sich wesentlich

weniger Gedanken um die Steigerung von Energiepreisen zu machen. Wir wollen, dass die kommunalen Gebäude für viele Jahre zeitgemäßen und bezahlbaren Wohnraum bieten.

Auch die Bewirtschaftungskosten lassen sich erheblich verringern, da man beim Passivhausstandard auf eine Verbrauchserfassung der Heizwärme verzichten kann. Die Erfassung der Heizwärme über Zähler, die Dokumentation und die häufig nicht konfliktfreie Abrechnung mit den Mietern erfordern einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und können sinnvollerweise durch ein Warmmietmodell ersetzt werden.

Auf unsere Anregung hin hat der Geschäftsführer der Städtischen Wohnbaugesellschaft Frankfurt unserem Gemeinderat eindrucksvoll den Passivhausstandard im Sozialen Wohnungsbau mit den entsprechenden Mietmodellen vorgestellt. Wir brauchen in Walldorf im Sozialen Wohnungsbau das Rad nicht neu erfinden. Gerade weil in Zukunft die Energiepreise drastisch steigen werden ist das energieeffiziente Bauen und das energieeffiziente Sanieren des bestehenden Gebäudebestandes für uns ein Gebot der Vernunft und eines nachhaltigen Denkens. Wir begrüßen sehr, dass der Gemeinderat unserem Anliegen gefolgt ist und den Passivhausstandard für die neu zu bauenden Sozialwohnungen beschlossen hat.

Wir sehen dies aber nur als den Beginn einer neuen, stärkeren Aktivität im Bereich des Sozialen Wohnungsbau, der in Walldorf viel zu lange im Dornröschenschlaf lag. Hier gibt es einen großen Nachholbedarf, den unsere Fraktion in Zukunft einfordern wird. Die grün-rote Landesregierung ist auch hier schon aktiv gewesen und hat in ihrer Amtsperiode schon zweimal die Zuschusshöhe aufgestockt. Wir gehen auch davon aus, dass die Fördermöglichkeit durch Landesmittel geprüft wird.

Ich habe anfangs auf die Delegation von Arbeit auf sie, Frau Bürgermeisterin, verwiesen. Beim Neujahrskaffee der CDU haben sie ein leidenschaftliches Plädoyer für eine Beteiligung der Bürger an der Lokalpolitik, aber auch der Bürgermeister an Kreis- und Landespolitik gehalten. Lassen sie Ihren Worten auch mal Taten folgen: Aber ihr überregionales Engagement darf nicht dazu führen, dass sie als Chefin der Verwaltung bei wichtigen Personalentscheidungen, wie z.B. der Leitung der Bücherei durch Abwesenheit glänzen. Sie halten Vorträge, dass sie nicht mit dem Amt der Bürgermeisterin verheiratet sind, das ist natürlich richtig. Aber zuerst einmal sind sie das und wir möchten dass sie ihre Arbeit ordentlich und erkennbar leisten. Danach, wenn dann noch neben der Familie Zeit ist, können sie sich überparteilich engagieren!

Schlussbemerkung

Die finanziell einmalige Situation hier in Walldorf sollte für alle politisch Handelnden eine Verpflichtung sein, nachhaltig Dinge in unserem Gemeinwesen zu gestalten, die lange Bestand

haben und die noch von den folgenden Generationen nicht als Belastung, sondern als positive Leistungen gewürdigt werden.

Wir schließen uns den Dankesworten der Vorredner an die Steuerzahler, an die in Walldorf ehrenamtlich Tätigen, ohne die ein Gemeinwesen nicht funktionieren kann und alle anderen an danken Ihnen für Ihren Einsatz.

Wir stimmen der Beschlussvorlage zum Haushalt 2015 zu.

Vielen Dank für Ihr Interesse.

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen